

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonntag und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei frischer Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Zustellgebühr monatlich 2,80 M., bei Zustellung unter Poststempel 4,40 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Ausgaben der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2595 und 2596.

Interessante Lesens- und Anzeigenblätter über deren Raum 1,20 M., Wortanzeigen das festgesetzte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf., Telemensurabdruck 50 Pf., Familien- und Veranlassungsanzeigen 10 Pf. der Zeile (bei 10 Zeilen) für den darauffolgenden Tag möglich (spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufzugeben sein). Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2765

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die Pflicht der Internationale.

## Die Aufgabe der Arbeiter.

(Eigene Drahtnachricht der „Freiheit“.)

Amsterdam, 15. Mai.

Der Londoner „Daily Herald“, das Tageblatt der Arbeiterpartei, schreibt: Der Friedensvertrag sei eine Schandung der Bedingungen, unter denen Deutschland die Waffen niederlegte. Der Sieg werde dadurch ehelos. Die Arbeiterparteien Englands und Frankreichs, die Wilson mit ihren Resolutionen unterstützten, hätten jetzt die Pflicht, mit Taten für den Internationalismus und den christlichen Frieden zu arbeiten. Vielleicht sei es noch nicht zu spät, einen neuen Krieg abzuwenden. Falls Deutschland unterzeichne, würde es dies tun im Vertrauen auf die westlichen Demokratien, die in Zukunft für Gleichheit und Brüderlichkeit, die jetzt geschändet seien, sorgen würden. Jetzt müssten die Arbeiter zeigen, daß sie wüßten, was sie zu tun hätten.

## Der Zentralrat und der Friede.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik, aus Coblenz, faßt folgende Mitteilung an:

Der Aktionsausschuß des Zentralrats der deutschen sozialistischen Republik hat sich in verschiedenen Sitzungen mit den Friedensbedingungen beschäftigt. Er ist mit dem ganzen deutschen Volke einig, daß sie eine unerhörte Härte bedeuten und in ihrer gegenwärtigen Form unerfüllbar sind. Den Antrag des Berliner Volkstages, einen Rätekongreß einzuberufen, wird als Stellungnahme zu den Friedensbedingungen, hat der Zentralrat abgelehnt. Er glaubt nicht, daß die Einberufung eines Rätekongresses im Augenblick zweckmäßig wäre. Er hat indes die Absicht, demnächst eine Plenarsitzung des gesamten Zentralrats einzuberufen, damit dieser zu den Friedensbedingungen Stellung nehmen und die Frage der Einberufung eines Rätekongresses endgültig entscheiden kann.

Der Zentralrat bleibt also auch in diesem Falle seiner Absicht treu, die Räte von einer Mitwirkung bei der Entscheidung lebenswichtigster Fragen nach Möglichkeit fernzuhalten. Der vom Berliner Volkstag beantragte Rätekongreß soll nicht einberufen werden. Aber auch für die Einberufung des gesamten Zentralrats besteht lediglich die Absicht, nicht einmal diese Körperlichkeit ist bisher einberufen worden, und dies zu einer Zeit, wo auch die kleinsten Organisationen zusammenzutreten, um über die Schicksalsfrage Deutschlands zu beraten. Hat denn der Zentralrat gar kein Gefühl dafür, eine wie klägliche Rolle er spielt?

## Clemenceaus Betätigung.

Paris, 16. Mai.

Clemenceau hat einige Verichtungen an die deutsche Delegation gegeben, denen zufolge einige wesentliche Änderungen zu verzeichnen sind. Im dritten Teil — Politische Bestimmungen über Europa — lautet der letzte Abschnitt über Oesterreich nunmehr folgendermaßen: Deutschland bekennt und wird die Unabhängigkeit Oesterreichs in den Grenzen seiner Anerkennung, welche im Vertrage zwischen diesem Staate und den hauptsächlich alliierten und assoziierten Mächten festgesetzt werden. Deutschland erkennt an, daß diese Unabhängigkeit unabänderlich ist, ausgenommen mit Zustimmung des Rates des Völkerbundes.

Im demselben Teile Abschnitt 14 ist die Bestimmung: „Deutschland erkennt dauernd und unveräußerlich die Unabhängigkeit aller am 1. August 1914 russisch gewordenen Territorien, ferner die Annullierung der Verträge von Brest-Litowsk sowie aller seit November 1917 getroffenen Abmachungen mit allen Regierungen oder politischen Gruppen Rußlands an“, folgendermaßen abgeändert:

Deutschland erkennt dauernd und unveräußerlich die Unabhängigkeit aller am 1. August 1914 russisch gewordenen Territorien, ferner die Annullierung der Verträge von Brest-Litowsk sowie aller mit der maximalistischen Regierung in Rußland getroffenen Abmachungen an.

Im 14. Teil — Bürgschaften für die Durchführung — ist der Artikel 430 jetzt folgendermaßen gefaßt:

Falls während der Besetzung oder nach Ablauf der oben vorgesehenen 15 Jahre der Wiedergutmachungsausschuß erkennen sollte, daß Deutschland die aus dem Vertrag hervorgehenden Verpflichtungen ganz oder teilweise zu beabsichtigen sich weigert, würden auch die bis dahin geräumten Zonen sofort ganz oder teilweise wieder besetzt werden.

(Bisher hieß es: Nicht völlig oder gar nicht eingehalten hat.)

## Die U. S. P. in Oberschlesien und der Frieden.

Offizielle Unwahrheiten.

Aus Oberschlesien wird uns mitgeteilt:

Die scheinsozialistischen Träger des nationalen Laumels in Oberschlesien wollen auch die Arbeiterklasse für ihre chauvinistischen Zwecke einlangen, indem sie in ihren Aufrufen als Beauftragte aller Parteien zeichnen. Es ist wohl überflüssig, erst jetzt zu erklären, daß die unabhängigen Sozialisten mit all dem Rummel nicht das geringste gemein haben und die Bezeichnung „alle“ Parteien ist eine bewusste Fälschung.

## Die U. S. P. darf nicht demonstrieren.

Die U. S. P. in Antioch hat es natürlich ebenso wie in allen anderen Orten entschieden abgelehnt, in Gemeinschaft mit den Sozialisten, der sozialpatriotischen Reichspartei, dem Zentrum und den Altschlesiervereinen gegen den Frieden zu demonstrieren und ihre Massen als Vorspann für die nationalistische Dege mißbrauchen zu lassen. Die U. S. P. wollte eine geforderte Massenkundgebung unter freiem Himmel veranstalten und in derselben ihre Stellungnahme zu der Friedensfrage darlegen. Da dies jedoch dem ober-schlesischen Komitee, dem scheinsozialistischen Staatskommissar Göring, gegen den Strich ging, ließ er die Kundgebung der Unabhängigen durch den Militärkommandanten kurzerhand verbieten. Unter dem Druck des bereits seit Januar dieses Jahres über Oberschlesien verhängten Belagerungszustandes wird es den Unabhängigen unmöglich gemacht, der Öffentlichkeit ihre Auffassung kundzutun. Selbstverständlich sind auch den Polen in Oberschlesien jegliche Kundgebungen untersagt worden. So steht die so viel beweihräucherzte „Einmütigkeit“ des Volkes aus.

Die beiden vorstehenden Meldungen zeigen, daß die von der bürgerlichen Presse über die Haltung der Unabhängigen in Oberschlesien zum Frieden verbreiteten Meldungen unwahr sind.

## Die deutschen Schiffe in Amerika.

London, 16. Mai. (Newec.)

„Daily News“ melden aus Paris: Es ist jetzt beschlossen worden, daß die in amerikanischen Häfen beschlagnahmten deutschen Schiffe amerikanisches Eigentum bleiben sollen.

## Politik der Unvernunft.

Es ist kein Zweifel, daß der nationalistische Laumel, der von den alten Herrschern angefaßt, von der Reaktion gebilligt und unterstützt und von den unentschlossenen Rechtssozialisten willenslos mitgemacht wird, unter den bürgerlichen Schichten bereits großen Umfang angenommen hat. Wiederum also erleben wir den Quatsch, in dem es für die Arbeiterklasse zur historischen Aufgabe wird, den kapitalistischen Interessen der Bourgeoisie sowie der unklaren Veräppeltheit des Gefühls bei den Rechtssozialisten die klare ökonomische und politische Einsicht dessen entgegenzusetzen, was das Interesse der Arbeiterklasse Deutschlands und der ganzen Welt gebietet.

Die hartnäckigen und drückenden Bedingungen des Friedensvertrages, die im Widerspruch zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen und der internationalen Interessen des Proletariats stehen, neben den Nationalisten und mit ihnen auch einem großen Teil derer, die durch eine unklare Friedenspolitik den sicheren Boden unter den Füßen verloren haben, Veranlassung, die Friedensbedingungen der Entente als von sofortiger tödlicher Wirkung für das deutsche Wirtschaftsleben hinaufstellen. Sie verlangen deshalb die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages, falls die Entente ihn nicht wesentlich ändern würde.

Der treueste Gefolgsmann dieser im Fahrwasser des bürgerlichen Nationalismus schwelgenden und gerade den Interessen des Proletariats widersprechenden Anschauung ist Herr Stampe. Seitdem er aus Versailles zurückgekehrt ist, um entgegen der Stellung der Mehrheit seiner Redaktionskollegen den „Vorwärts“ erneut an einem Verweigerungspolitik der Arbeiterklasse zu machen, die die Arbeiterklasse verleiten möchten, die Verweigerungspolitik des Nationalismus mitzumachen, läßt er keinen Tag ohne den Versuch zu machen, diese Verweigerungspolitik gegenüber der sich erhehenden Einsicht der rechtssozialistischen Arbeiter zu revidieren.

Im westlichen Abendblatt des „Vorwärts“ stellt Stampe erneut fest, es sei kein Geheimnis mehr, daß die Reaktion den Verweigerungspolitiker von Versailles nicht unterzeichnen werde. Sollte sich die Entente nicht auf Verhandlungen ein, so blieben ihr nur zwei Wege offen: entweder sie müsse ganz Deutschland besetzen, oder sie müsse ihr Bestreben darauf richten, in Deutschland eine Scheinregierung zu schaffen, die alles zu unterzeichnen bereit sei, was man ihr vorleze.

Es ist durchaus falsch, daß die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages die Entente zwingen würde, ganz Deutschland zu besetzen. Es würde vielmehr vollkommen genügen, wenn sie die Verhängung der Blockade vornimmt und das rheinisch-westfälische Industriegebiet besetzt. Schon diese beiden Maßnahmen, zu deren Durchführung die Entente mit leichter Mühe imstande ist, würden genügen, um die hungrige deutsche Arbeiterklasse in einen Zustand der Verweigerung zu treiben, der Deutschland in ganz kurzer Zeit zwingen würde, auf alle Bedingungen der Entente einzugehen. Ohne die Lebensmittel aus dem Auslande, ohne die Kohle aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet kann das Wirtschaftleben Deutschlands nicht vor dem schnellsten Zusammenbruch bewahrt bleiben.

Die Frage: Unterschreiben oder nicht, müßte richtiger überhaupt lauten: Unterschreiben jetzt oder unterschreiben in spätestens vier Wochen? Die Entente hätte es auch durchaus nicht nötig, eine Scheinregierung zu schaffen. Wie bereits jetzt aus den Ausführungen der rechtssozialistischen Provinarreste und der Stellungnahme der rechtssozialistischen Arbeiterräte zu

# Mittwoch abend 5 Uhr im Lustgarten Große Demonstration der U. S. P. D.!

Verlin erschaffen ist, denken durchaus nicht alle rechtssozialistischen Arbeiter daran, die von Stampfer empfohlene Politik der Unvernunft mitzumachen. Auch bei ihnen gewinnt die Anschauung ständig an Boden, daß Deutschland in der gegenwärtigen Lage nichts anderes übrig bleibt, als die Bedingungen der Entente anzunehmen, um dadurch den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens überhaupt erst einmal beginnen zu können. Bei einer solchen Politik würde deshalb die Möglichkeit bestehen, die Masse der Arbeiter zu einigen und eine gemeinsame sozialistische Regierung aus allen sozialistischen Parteien zu bilden. Aber diese letztere Möglichkeit scheint Stampfer mit allen Mitteln verhindern zu wollen. Er schreibt:

„Die deutsche Regierung hat Gelegenheit genug, aus den Fehlern von Sozialisten zu lernen. Sie darf es weder wie Trozki machen, der sich von den deutschen Generalen die Feder in die Hand drücken ließ, noch wie Karolzi, der vor dem Chaos freiwillig abtrat. Sie muß auf ihrer Weigerung beharren und bleiben, sie muß auf dem Gebiet, das ihr die feindliche Besetzung noch offen läßt, mit allen Kräften für Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen und darf von ihrem Platz nicht weichen, solange sie nicht von ihm durch äußere oder innere Gewalt vertrieben wird. In diesem Verhalten muß sie das Verständnis und die Unterstützung aller Kreise der arbeitenden Bevölkerung finden, die nun wirklich wissen könnten, warum es geht.“

So kläglich wie Herr Stampfer vor einer Woche war, klingen diese Worte schon nicht mehr. Aber sie zeigen doch, daß er sowohl wie die Regierung nicht daran denken, sich den zu beschreibenden Weg durch die Anschauungen der Arbeiterklasse vorzeichnen zu lassen.

Als eine der unangenehmsten Folgen der Unterzeichnung des Friedensvertrages bezeichnet es Stampfer, daß das deutsche Volk sich durch eine solche Unaufrichtigkeit alle Sympathien in der Welt verliere, auf die es heute mehr denn je angewiesen sei. Herr Stampfer als Führer der Sympathien der deutschen Bevölkerung in der Welt! Vier-einhalb Jahre lang hat er alles getan, um die deutsche Bevölkerung um die Sympathien der Welt zu bringen. Während der Revolution hat er diese Tätigkeit Tag für Tag fortgesetzt und jetzt soll der Verlust der Sympathien, die das deutsche Volk längst nicht mehr besitzt, die insbesondere diejenigen nicht besitzen, die alle Verbrechen der deutschen Kriegspolitik unterstützt und gebilligt haben, die schlimmste Folge der Nichtunterzeichnung sein! Diese Argumentation zeigt, daß selbst der so geschmeidige Stampfer um bessere Argumente verlegen ist.

Beispielsweise die Gefahr der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages die vollständige Erdrosselung des deutschen Wirtschaftslebens herauf, den Tod und das Verenden Hunderttausender unserer Volksgenossen, hält sie die seit Jahren auf ihre Erlösung wartenden Kriegsgefangenen auf völlig ungewisse Zeit der Heimat fern, so läßt sie auch die Gefahr erneut ausstrecken, daß die von der Entente besetzten Gebiete sich vom Reich abtrennen. Vor einigen Monaten erkannte und bekämpfte selbst der „Vorwärts“ die Gefahr der Absonderung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, hervorgerufen durch die un-nationale Gesinnung der Bourgeoisie. Heute fördert er sie durch seine Politik der Nichtunterzeichnung auf das Höchste. Denn diese Tendenzen sind sowohl bei der Bourgeoisie der jetzt bereits besetzten Gebiete wie bei der noch weiter zu besetzenden Gebieten vorhanden und im Wachsen begriffen. Von der Pfalz wird bereits die Proklamierung einer Republik unter französischem Protektorat berichtet. Derselbe Beispiel würde die Bourgeoisie in den übrigen zu besetzenden Gebieten gerne folgen und damit von der Möglichkeit eines Sonderfriedensschlusses Gebrauch machen, die der Friedensvertrag ihnen eröffnet.

Wer diese große Gefahr verhindern will, der muß für die Vermeidung des Kriegsausstandes und die Unterzeichnung der Friedensbedingungen eintreten. So hart sie sind, so gewahren sie doch die Möglichkeit zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens und sichern den Bestand Deutschlands wenigstens in den durch den Friedensvertrag gegebenen Grenzen als einheitliches Wirtschaftsgebiet.

## Wann kommt der Tag?

Am Freitag hielt die U. S. V. in Nowawes ihre Friedensversammlung ab. Genosse Stein, der das Referat übernommen hatte, kennzeichnete den Inhalt des Friedensvertrages und die Stellung, die unsere Partei in der Friedensfrage einnimmt. Sie stehe zwar heute allein inmitten des wüsten Tobens der bürgerlichen und zum Teil auch der rechtssozialistischen Presse, die den Geist von 1914 heraufbeschwören wolle. Aber ihre Friedensparole, die sich kräftig auf die nüchterne Einsicht der realen Verhältnisse, sei die einzige, die den Interessen des deutschen Proletariats entspricht. Sie allein werde die Revision des Gewaltfriedens von Versailles durch die Weltrevolution herbeiführen, die auch in den amerikanischen Ländern auf dem Marsch ist.

In der nun einleitenden Diskussion ergriff zuerst Genosse Büchel, Vorsitzender der Fraktion der U. S. V. Arbeiterräte Groß-Berlins, das Wort. Er schloß sich fast vorbehaltlos den Ausführungen des Referenten an und forderte die Unterzeichnung des Friedens. Aber nicht nur das sei notwendig. Die Arbeiter müßten sich, wenn nötig, über die Köpfe der Führer hinweg vereinigen. Das Programm, das Kautsky in seinem Briefe an die U. S. V. Arbeiterräte entwarf, unterschreibe er vollkommen. Das deutsche Proletariat muß auf Geduld und Verdrerb zusammenstehen, es muß zusammenkommen auf dem Boden des Räteinsteins, wenn es leben will. Braufender Beifall wurde ihm zuteil. Genosse Neumann sprach dann in kurzen, schlichten Worten; er forderte die Genossen der U. S. V. auf: Kommt doch zu uns! Was trennt uns denn? Ihr habt ein paar Führer zu verlieren und den Sozialismus zu gewinnen! Wieder hallte braufender Beifall durch den Saal. Es war eine feierliche Stimmung, jeder fühlte, daß hier Großes vor sich aine. Ein Kommunist erklärte, daß ihn nichts von den Anschauungen des Referenten und Büchels trenne, er forderte die Versammelten auf, als Beispiel in Deutschland voranzugehen und nun endlich eine Partei zu sein, die geschlossen und konsequent den Sozialismus verwirklichen solle. Auch diesen Ausführungen folgte jubelnde Zustimmung.

Das Schlusswort hielt Genosse Stein absichtlich kurz, um den gewaltigen Eindruck dieser Versammlung nicht abzulassen. Er sprach den Wunsch aus, daß es doch bald, sehr bald anderswoorts so togen möchte wie hier, damit das Proletariat dem Aufsturm der Reaktion eine eiserne Front entgegenstellen könne. Mit stürmischem Hoch auf das internationale Proletariat schloß die imposante Versammlung.

## Die „vollendete Demokratie“.

Gestern wurde vor dem 2. Senat des Reichsmilitärgerichts über die Schußwaffenbeschlüsse des Genossen Jarwig, Redakteur einer kommunistischen Zeitschrift, verhandelt. Der Reichsmilitär-anwalt beantragte die Verurteilung der Beschlüsse mit der Begründung, daß die Einführung des Kommunismus ein schon häufig mißlungenes Experiment sei, das man dem ruhebedürftigen deutschen Volk in seiner jetzigen Lage nicht zumuten dürfe. Es sei deshalb geboten, die Regierung nicht anzugreifen, sondern darauf zu verzichten, daß sie und schon den richtigen Weg führen werde. Von Jarwig sei nicht zu erwarten, daß er von weiteren Angriffen gegen die Regierung absehen werde. Er habe diese Angriffe bisher sogar in einer Form gegen sie erhoben, die nur noch von der, deren sich die „Freiheit“ befleißige, übertroffen werde. Er habe sich dabei mit einemmal gegen die Person unseres verehrten Reichspräsidenten angestreift, dem er in seiner Zeitung vorgeworfen habe, daß er sich während des Krieges habe reklamieren lassen, statt auch ins Feld zu gehen. Außerdem müsse man der Einsicht eines so wohlmeinenden und wohlunterrichteten Mannes wie Koste vertrauen. Wenn dieser es für nötig halte, einen Mann, wie Jarwig, in Schutzhaft zu nehmen, dann sei das sicherlich gerechtfertigt.

Der Senat schloß sich diesen Ausführungen zwar nicht an, verwarf die Beschlüsse aber trotzdem mit der Begründung, es sei zwar nicht jeder, der Kommunismus sei, in Schutzhaft zu nehmen, es sei vielmehr in jedem einzelnen Falle zu prüfen, ob die betreffende Persönlichkeit die Erreichung der kommunistischen Ziele unter allen Umständen wolle, auch wenn Gewalt angewendet werde. Das sei aber, in Verbindung mit seinem Verhalten zur Diktatur des Proletariats, bei Jarwig anzunehmen, wie sich aus der Energie ergebe, mit der er sich vom einfachen Hausdiener zu seiner jetzigen Bildung und Stellung emporgearbeitet habe und aus der Begeisterung, mit der er an seinen Zielen hänge.

## Gefährliches Streikverbot.

Die „Post“, das Leiborgan der Scharmacher, glaubt ein Mittel gefunden zu haben, wie Rettung aus der Streikpest möglich ist. Wie idyllisch war doch das Leben der Postleute früher und wie unheimlichwanger ist es jetzt. Die „Streikpeste“ verleiht ihnen das ganze Leben und der „Streikbeutel“ rückt gar gewaltig an den Grundfesten ihres geheiligten Profits. Da erscheint es wohl angebracht, zum Segen der deutschen Volkswirtschaft, den Ruf nach einem gefählichen Streikverbot erlösen zu lassen, wertet die „Post“. Jede Jaghaftigkeit auf diesem Gebiete ist ihr ein Grauel. Parte Strafen müssen denjenigen treffen, der sich untersteht, berufliche oder politische Forderungen mit anderen als den gefählich zulässigen Mitteln durchzuführen zu versuchen. Die gleichen Strafen müßte natürlich auch derjenige erhalten, der andere zu Streiks auffordert oder Arbeitswille aussperrt.

O, diese Gefährlichkeit der „Post“. Wie anders läßt es in Deutschland aus, wenn alles nach ihren Wünschen ginge. Reht darf sie nur hoffen, daß sich „unsere derzeitige sozialistische Regierung“ bereit finden werde, „recht bald der Nationalversammlung einen Gesetzesentwurf zur Bekämpfung des Streikunwesens vorzulegen“. Diesen Gesetzesentwurf werde sie soweit ausdehnen müssen, „daß man die Arbeiter direkt zur Arbeit zwingt“.

Die Feindschaft der „Post“ gegen das Streikrecht ist nicht neu. Doch sie den politischen Streik noch leidenschaftlicher hohlt, als den wirtschaftlichen, ist kein Wunder. Nur gut, daß weder die „Post“, noch die Regierung, noch die Nationalversammlung die Macht haben, den Arbeitern dieses Grundrecht zu rauben. Die Zeiten sind vorbei.

## Gegen die Landplage!

Die ungeheure Gefahr, die die Freiwilligenverbände für eine freiheitliche Entwicklung unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse bilden, wird allgemach auch in den Kreisen der Rechtssozialisten erkannt. Es mehren sich die Stimmen, die gegen diese Landplage Stellung nehmen. Gehört von reaktionären Offizieren, die in der Hauptsache noch treu zu dem davongelaufenen Hohenzollern stehen, bilden diese Freiwilligenverbände den stärksten Hort der Reaktion. Außerdem entspricht ihre Zusammensetzung in keiner Weise den Grundgesetzen einer Volkswirtschaft, wie sie jahrzehntelang von der sozialdemokratischen Partei gefordert wurde. Sie sind vielmehr ein Hohn auf diese sozialistische Forderung. Den reaktionären Charakter und die Gefahr, die sie insbesondere für die Arbeiterschaft bilden, erkennend, hat der sozialdemokratische Verein von Groß-Berlin beschlossen, dem Parteitag in Weimar folgenden Antrag zu unterbreiten:

„Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung soll unverzüglich dahin wirken, daß die Auflösung der Freiwilligenverbände und die Neubildung einer Volkswirtschaft auf demokratischer Grundlage alsbald in die Wege geleitet wird.“

Herr Koste, der auf seine Prätorianergarde schmäht, wird von diesem Antrag nicht sonderlich erbaut sein. Aber es wird eine Zeit kommen, wo auf seine und seiner engen Freunde Meinung keine Rücksicht mehr genommen wird.

## Ein weiteres Opfer.

### Schwere Verwundung Dorenbachs.

Seit Wochen waren angekündete Berliner Kriminalbeamte mit der Aufgabe betraut, den früheren Führer der Seekriegs-Division Dorenbach unbedeutend in die Hände der Justiz zu liefern. Wie ein geheutes Wild wurde er von Ort zu Ort gejagt. Erfurt, Kassel, Düsseldorf, Essen und Aachen waren abgejagt, bis man ihn schließlich am Montag in Aachen verhaftete. Zwei Berliner Kriminalbeamte mit einem Soldaten der Reinhardttruppe sollten ihn nach Berlin transportieren. Das Staatsauto wurde mit Stachelndraht versehen und Dorenbach schwer gefesselt nach einem sechstägigen Transport gefahren in Berlin eingeliefert.

Wahrscheinlich hat er bei der Vorführung vor den Staatsanwalt des Landgerichts I Schöner darüber Beschwerde geführt, daß man ihn seit vier, fünf Tagen in der brutalsten Weise behandelt hat. Nur nach seiner Vernehmung soll nun Dorenbach einen „Fluchtversuch“ unter-

nommen haben. Der begleitende Soldat hat ihn dabei durch einen Schuß niedergestreckt. Schwere Verwundungen wurden dem Dorenbach in die Charité gebracht. Ob er mit dem Leben davonkommen wird, kann bis jetzt noch nicht übersehen werden. Ob unter diesen Umständen bei der Vernehmungsunfähigkeit Dorenbachs die Samstagsgesprächverhandlung gegen Däumig-Redebour ausgetragen werden kann, ist zweifelhaft.

## Die Hege gegen Eichhorn.

Genosse Eichhorn, der frühere Berliner Polizeipräsident, ist an den Untersuchungsausschuß der Preussischen Landtagskommission ein längerer Schreiben gerichtet, in dem er die gegen ihn erhobenen verurteilenden Angriffe Punkt für Punkt widerlegt. Er weist vor allem darauf hin, daß er ständig bemüht war, die Verhältnisse bei der neu eingerichteten Sicherheitswehr zu verbessern. Soweit ihm dies nicht immer gelang, trugen nach seinen Angaben die damaligen Verhältnisse und die Sabotage eines Teiles der Beamten die Schuld daran. Soweit ihm Unzulänglichkeiten bei der Sicherheitswehr bekannt geworden sind, hat er sie Abhilfe gebracht. Sicherheitsmänner, die sich ähnlichen Handlungen zuschulden kommen ließen, sind immer sofort entlassen worden.

Wegen der Behauptung, daß unter Eichhorns Führung die Polizeipräsidenten hunderttausende von Mark ausgegeben hätten, ohne daß Belege darüber vorhanden wären, führt Eichhorn an, daß er mit den Kassengeschäften überaus vorsichtig und nicht zu tun hatte. Bei der ersten Lohnzahlung habe die Sicherheitswehr seinen ihm allerdings Fehler bekannt gemacht. Herr Prinz, dem die Auszahlung oblag, ist auf Eichhorns Erläuterungen deshalb verhaftet worden. Ein Kriminalkommissar untersuchte die Angelegenheit und teilte als deren Ergebnis mit, daß die Belege zwar nicht in Ordnung seien, Herr Prinz aber ein Vergehen nicht nachgewiesen werden könnte. Auch weitere Unregelmäßigkeiten ist Genosse Eichhorn auf die Spur gekommen.

Daß Genosse Eichhorn für eigene Zwecke Geld untergeschlagen haben soll, wird in der Reichstagskommission als eine Verleumdung hingestellt. Dem Polizeipräsidenten ist einmal ein unerheblicher Betrag zugeführt worden, der unter Zustimmung des Polizeipräsidenten Kroll einem Unterbeamten überwiesen wurde. Zeugen und Belege stehen für diesen Betrag zur Verfügung. Mit dem Sauerstoffgebläse, das Eichhorn zur Erzeugung eines Gaseinsatzes benutzt haben soll, wurde es sich nicht anders, ebenso mit der Rotenpresse. Diese ist einer Sicherheitsabteilung bei einer Hausdurchsuchung beschlagnahmt worden und Genosse Eichhorn hatte nicht einmal Gelegenheit, persönlich zu befragen. Auch dafür sind Zeugen genannt.

Genosse Eichhorn führt zum Schluß die ganze Hege auf seine Parteizugehörigkeit zurück. Man wolle ihn entfernen, weil er Mitglied der U. S. V. D. war und deshalb unbedingt von seinen Posten entfernt werden sollte. Er ist bereit, sich der Untersuchungskommission zu stellen, aber nur unter der Bedingung, daß ihm freies Geleit nach Berlin gewährt wird. Als Mitglied der Nationalversammlung ist ihm zwar die Immunität garantiert, aber Genosse Eichhorn zweifelt mit Recht daran, daß diese Immunität von den Freiwilligenkorps respektiert wird.

## Der Überfall auf unser Parteibureau.

Am 8. März sind bekanntlich Mosketruppen in unser Parteibureau in der Schilderstraße 5 eingedrungen und haben dort wie Vandalen gehauert. Beschöniger gegenwärtigen Regierung möchten annehmen, daß es hierbei um einen Übergriff der militärischen Stellen handelt. Auf die von Rechtsanwalt Dr. Sieghart Weinberg gegen dieses Vorgehen eingelegte Beschwerde ist nun aber bei diesem der folgende Bescheid des Kavallerie-Schützen-Korps eingegangen, aus dem ersichtlich ist, daß Urheber dieses Anfalles ein sozialistischer Arbeiter gewesen ist, als der „sozialistische“ Minister Eugen Ernst. Der Bescheid lautet wörtlich:

Auf Ihre Schreiben vom 31. 3. 19, betr. Durchsuchung des Parteibureau der U. S. V. D. Schilderstr. 5 wird Ihnen mitgeteilt, daß die Hausdurchsuchung auf Ersuchen des Ministers Ernst stattfand. Dem Herrn 1. Staatsanwalt beim Landgericht I wurde Mitteilung gemacht, daß die beschlagnahmten Gegenstände auf Zimmer 560 des Kriminalgerichtsgebäudes sichergestellt seien.

Wenn auch die mitgenommenen Gegenstände auf die Beschwerde hin jetzt endlich zum Teil zurückgegeben sind, so fehlen doch noch eine Reihe sehr wichtiger Bücher, insbesondere das Hauptbuch, sowie Geld und andere Dinge.

Daß Herr Eugen Ernst eine Hausdurchsuchung in unser Parteibureau der U. S. V. D. veranlaßt hat, gehört zu den stärksten Stößen, die er sich im Kampf gegen die sozialistische Politik in der deutschen Revolution bisher leistete. Denn wie man nochmals feststellen wollen, waren die Anschuldigungen, die hin die Hausdurchsuchung vorangetrieben wurde, durchwegs unrichtig. Es können also nur politische Motive für diese Tat bestimmend gewesen sein, eine Tatsache, die wohl kaum das Ansehen von Eugen Ernst bei den Arbeitern vergrößern wird.

## Eine Lüge des W. I. B.

Am 17. April hat das Bolschewistische Bureau folgende Mitteilung verbreitet:

„Im Arbeiterverein von Christiania hielt der fürstlich preussische Landtagskommissionar und sozialistische Ingenieur Langsätth einen Vortrag über die deutsche Revolution, insbesondere über den letzten großen Generalstreik, wobei er insbesondere, daß er den Streik als ein unvermeidliches notwendiges Verbrechen der Streikführer ansah. Der Vortrag wurde durch Lichtbilder erläutert. Einen Hauptgegenstand bildeten dabei die Berliner Streikämpfe. Der Redner — ein sehr ruhiger Mann — nahm für sich den Anlaß, die norwegischen Arbeiter vor ähnlichen planlosen Handlungen zu warnen.“

Dazu schreibt uns jetzt Genosse Langsätth aus Christiania: „Diese Mitteilung ist anderen Mitteilungen des W. I. B. ganz ähnlich. Evident gibt es in Norwegen keine links- oder sozialistische Partei, sondern nur eine sozialistische Partei. Anlaß gibt es in der deutschen Revolution nur ein Verbrechen, das übrigens unübersehbare verbrecherische Handlungen gegen die soziale Weltrevolution im Gefolge hatte, und das besteht in der jetzigen deutschen Regierung die Macht behält. Ein Streik der beabsichtigt, diese Regierung zu stürzen oder zu schwächen kann in meinen Augen kein Verbrechen sein.“

Wenn ich die Streikleitung tadelt, dann fällt auch die Streikleitung und somit auf die Regierung zurück, was auch die Geschichte des Streiks herbeiführt.“

# Die Bekanntgabe des Friedensvertrages.

Paris, 17. Mai.

Die Veröffentlichung des Wortlauts des Friedensvertrages durch die Presse ist beschleunigt worden, da der Vorterr in Anwesenheit von Lloyd George, welcher gestern an der Sommerfest, ebenfalls hat, erst heute den betreffenden Beschluss fassen kann. Von Seite ist wegen Veröffentlichung einzelner Teile des Vertrages gestern abend in Paris beschlagahmt worden. Parlamentarische Drängen weiter auf Bekanntgabe des Wortlauts. Sembat hat namens der sozialistischen Gruppe in der Kammer einen Beschlusstext deswoegen eingebracht, und der Handhabungsbürokrat erwidert die Regierung gleichfalls am 17. Mai. "Petit Parisien" hebt hervor, daß der Friedensvertrag den Kammer erst nach seiner Unterzeichnung veröffentlicht werden könne, jedoch hält die Mehrzahl der Abgeordneten eine beherrschende Bekanntgabe an die Abgeordneten oder an die Ausschüsse für unerlässlich.

# Abfertigung des amerikanischen Hilfswerts.

Amsterdam, 16. Mai.

Nach einer Radiomeldung wird die amerikanische Hilfsorganisation, die monatlich 300 000 Tonnen Lebensmittel nach den notleidenden europäischen Gebieten schickt, am 30. Juni ihre letzte Sendung abschicken, dann wird sie liquidiert werden.

Diese Kommission ist ursprünglich gebildet worden, um die notleidende Bevölkerung in Belgien und Nordfrankreich mit Nahrung zu versorgen. Da für diese Aufgabe die bisher bestehende Organisation nicht mehr nötig ist, soll sie aufgelöst werden.

Mit der Versorgung Deutschlands hat diese Organisation nichts zu tun, da Deutschland nach den Bestimmungen des Lebensmittelabkommens das Recht hat, die benötigten Lebensmittel nach freiem Ermessen zu kaufen.

# Das Ende der Türkei.

Amsterdam, 17. Mai.

"Telegraaf" meldet aus Paris: Man erblickt allgemal in der Welt von Smyrna durch die Klüften der Anklündiana des Endes der Türkei. In Anbetracht der Friedenskonferenz wird erklärt, daß von einem Friedensvertrag mit der Türkei keine Rede sei, denn nach einigen Wochen, vielleicht auch Tagen, werde das türkische Reich nach einer Herrschaft von fünf Jahrhunderten zu bestehen aufgehört haben. Die Rensur läßt noch nicht die Veröffentlichung der Verhandlungen zu. Bis hier sei nur gesagt worden, daß die europäische Türkei zum Teil an Griechenland fallen werde, während der übrige Teil den freien internationalen Staat Konstantinopel bilden werde. Der armenische Staat werde unter das Protektorat von Amerika kommen, Kleinasien werde durch Griechenland, Italien und Frankreich verwaltet werden. England erhalte eine wichtige Einflusssphäre in Mesopotamien.

# Die Zukunft Nordischleswigs.

Bei der radikalen Landesversammlung in Kalborg Nr. 2, wie aus Kopenhagen gemeldet wird, der Verteidigungsminister sprach eine Rede, in der er seine Freude darüber ausdrückte, daß die Friedensbedingungen dem dänischen Wunsch nach Wiedervereinigung Nordischleswigs mit Dänemark entgegenkomme. Die Bestimmungen des Friedensvertrages gingen jedoch zum Teil über die Wünsche Dänemarks hinaus, da auch eine Abtretung verlangt wird in Gebieten, die nach Sprache und Gesinnung teils deutsch seien. Darin liege eine schwere Gefahr für die Zukunft Dänemarks. Wenn Dänemark etwa 300 000 deutsche Einwohner bekomme, würde Dänemark ein dänisch-deutsches Reich werden, und an einer solchen Regelung Dänemark nicht gelegen sein. Der Minister sprach sich gegen eine Einberufung rein deutschen Gebiets an Dänemark aus und betonte, daß Dänemark nie die nationale Rechtsgrundlage verlassen würde, auf die sich die dänischen Forderungen stützen. Das Einheitsgepräge des dänischen Staates dürfe nicht gerührt werden.

Der Minister des Innern Rode sprach sich in ähnlichem Sinne aus.

# Sitzung des Vollzugsrats.

Der Vollzugsrat hielt am 17. Mai eine Sitzung ab, in der von einem Schreiben des Zentralrats Kenntnis gegeben wurde, worin mitgeteilt wird, daß es der Zentralrat nicht für so dementsprechend hält, einen Rätekongress einzuberufen, der gemäß einem Beschluss der Vollversammlung zu den Friedensbedingungen der Entente Stellung nehmen sollte.

Von der Fraktion der S. P. D. wird folgende Erklärung abgegeben:

Die Fraktion der S. P. D. des Vollzugsrats kann sich mit dem Urteil, welches im Prozeß Liebknecht-Lugemburg gefällt worden ist, nicht einverstanden erklären. Dieses Urteil steht in keinem Verhältnis zu der Schwere des Verbrechens, und wir betrachten dieses Urteil als ein Tendenz-Urteil.

Wir fordern, daß die Regierung sofort ihr Versprechen einhält, die Militärgerichtsbarkeit aufzuheben, da die Verhältnisse des Urteils in zu verfahren und das Verbrechen einem ordentlichen Zivilgericht zu überweisen.

Von den Mitgliedern der Fraktion der S. P. D. wird demgegenüber die Bildung eines Appellationsgerichts zur Aufhebung des Urteils an Liebknecht und Lugemburg und zur Beurteilung der Räte beantragt. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Mitglieder der S. P. D. angenommen.

Die Mitglieder der S. P. D. stehen auf dem Standpunkt, durch ihre Erklärung ihre Meinung präzisieren zu haben.

Der Vollzugsrat nahm dann den Bericht der Kommission entgegen, die mit dem Reichsministerium und dem Reichsherrn über den von der Vollversammlung der Räte und mehreren Gewerkschaften verhängen Boykott der Angehörigen der Freiwirtschaftlichen Verbände verhandelt hat. Die Verhandlung hat zu keiner Abklärung der Differenzen geführt. Das Reichsministerium glaubt, ohne die Freiwirtschaftlichen Verbände zu kennen, doch erklärte Herr Kasse, daß unter diesen Gruppen unläuterer Elemente vorhanden sind, die nach Möglichkeit entfernt werden sollen. Aber die Angehörigen der Freiwirtschaftlichen Verbände sind geschützt worden. Herr Kasse will diesen Schutz unter allen Umständen durchführen und erwidert die Gewerkschaftsführer, in ihren Organisationen für die Aufhebung des Boykotts zu wirken, andernfalls würde er Maßnahmen zu treffen wissen. Auf

der anderen Seite wird auf die Schwierigkeiten hingewiesen. Die entstehen, wenn die Arbeiter mit Gewalt gezwungen werden, entgegen ihrem Willen mit Angehörigen der Freiwirtschaftlichen Verbände zusammenzuarbeiten. Tatsächlich sind bereits infolge der Boykottbeschlüsse ernste Differenzen in mehreren Betrieben ausgebrochen. Die Verhältnisse zu regeln ist sehr schwer. Der Vollzugsrat beschloß, diese ganze Frage erneut der nächsten Vollversammlung zur Beratung und Entscheidung vorzulegen. Bis dahin wird von den Unternehmern erwartet, daß sie die Verhältnisse nicht unangenehm auf die Spitze treiben und große Konflikte heraufbeschwören.

# Proteste der Arbeiter.

Die Gewerkschaft der Firma Niebe, Weiskopf, erhebt schärfsten Protest gegen das Schandurteil im Liebknecht-Lugemburg-Prozeß. Sie verlangen die Aburteilung vor einem Revolutionstribunal als Zeichen des Protestes legten die Arbeiter und Beamten die Arbeit auf einen Tag nieder. Gleichzeitig fordern sie die Freilassung aller politischen Gefangenen.

Die Arbeiter und Angestellten der Bergmann-Gießerei, Altstädterwerk, Rosenthal verließen am 15. Mai, nachmittags im geschlossenen Zuge den Betrieb und begaben sich nach dem Gartenhof von Deutschmann, wo sie eine Protestversammlung gegen das Urteil im Liebknecht-Lugemburg-Prozeß abhielten. Gen. Stahlberg hielt eine Ansprache und brachte eine Resolution zur Verlesung, die einstimmig angenommen wurde. In dieser Resolution wird gesagt, daß das Urteil jeder Gerechtigkeit fern liegt und geeignet ist, nicht nur die arbeitende Klasse Deutschlands, sondern die Proletarier aller Länder auf das tiefste zu empören. Es wurde verlangt, daß das Urteil revidiert und die Rordrat in einer gerechten Weise geführt wird.

Am Dienstag, den 19. Mai, erscheint in unserem Verlage die hochaktuelle Schrift:

# Annehmen oder ablehnen?

Die Unabhängige Sozialdemokratie und der Friede.

Mit Beiträgen von R. Kautsky, G. E. Graf, E. Ballod, A. Stein, R. Hilferding und S. Haase.

Für die Beurteilung der Friedensbedingungen unentbehrlich.

Preis 50 Pfennig.

Buchhändler, Speditoren und Zeitungshändler wollen sofort ihren Bedarf anmelden! Vertreter in allen Orten Deutschlands gesucht.

# Die Sozialisierung in der Gemeinde.

In der gestrigen Sitzung der Berliner Kommunalisierungs-Deputation wurde über den bisherigen zögernden Verlauf der gesetzgeberischen Arbeiten, die eine Grundlage für die Sozialisierungstätigkeit der Kommunen schaffen sollen, mit Nachdruck Beschwerde geführt. Es wurde beschloffen, eine Deputation zu dem Reichsminister des Innern zu entsenden, um auf diese Weise auf Beschleunigung und gleichzeitige auf eine wirksame Gestaltung der Einzelarbeiten des Gesetzes hinzuwirken. Die Kommunalisierungs-Deputation beschloß sich weiterhin mit dem bedeutsamen Zusammenhang, in dem die Berliner Kommunalisierungsarbeiten mit der Vereinstellung der Groß-Berliner Kommunalverwaltung stehen. Unter Abziehung einer Verbandsgemeinde wurde die Herstellung eines einheitlichen Groß-Berliner Verwaltungskörpers mit zentraler Leitung und dezentraler Ausführungsaktivität gefördert.

# Gewerkschaftliches.

## Streikversammlung der Holzarbeiter im Zirkus Busch.

Die streikenden Holzarbeiter waren gestern zahlreich im Zirkus Busch versammelt, um den Bericht über den Stand des Streiks entgegenzunehmen. Kollege Siegle als Berichtserstatter schilderte die Entwicklung der Holzbewegung. In den letzten Tagen hat sich die Streiksituation verschärft. Dazu kommt auch die unsichere politische Lage Deutschlands, durch die die Unternehmer veranlaßt werden, den Abschluß eines Tarifvertrages hinauszuschieben. Dem Vorschlag der Unternehmer, von beiden Seiten Aktionsausschüsse, die die Verhandlungen führen sollen, zu wählen, wurde von uns zugestimmt. Am Mittwoch fanden die Verhandlungen dieser Aktionsausschüsse statt, in denen die Unternehmer es ablehnten, auf Grund der Forderungen der Holzarbeiter zu verhandeln. Die zentralen Abmachungen erklärten sie für nicht rechtgültig, weil diese nicht von den Zentralverbänden, sondern nur von Kommissionen abgeschlossen wurden. Angesichts dieser Stellungnahme der Unternehmer mußten diese Verhandlungen abgebrochen werden. In den am Donnerstag stattgefundenen zentralen Verhandlungen über den Reichstaxi erklärten die Unternehmer nicht eher weiter zu verhandeln, bis der Berliner Streikfall erledigt ist. Dem Vorschlag, das Taxi mit anzufassen und sich seinen Spruch zu unterwerfen, wurde beiderseits zugestimmt. Das Taxi hat sich, nachdem die Arbeitgeber in einer Erklärung das Taxi als unzulässig ablehnten, in der Berliner Angelegenheit nicht für kompetent. Daraus haben die Arbeitgeber den Berliner Schlichtungsausschuss anrufen, der am Dienstag tagen wird. Bis dahin müssen die Berliner Holzarbeiter eine abwartende Haltung einnehmen. Den von Unternehmerseite erbotenen Vorschlag, die Organisationsleitung habe die Holzarbeiter in den Streik geführt, wies der Redner unter Berufung der Unternehmern, die die berechtigten Forderungen nicht anerkennen wollen. Da der Berliner Streik zu einem Einigungsstadium auszuweichen ist, dessen Ergebnis ausschlaggebend für die gesamte Holzindustrie Deutschlands sein wird, müssen die Berliner Holzarbeiter auch weiter so geschlossen zusammenhalten wie bisher.

In der lebhaften Diskussion forderten sämtliche Redner zu einer geschlossenen Weiterführung des Kampfes auf. Da die Entscheidung des Schlichtungsausschusses abgewartet werden muß, soll vorläufig von einer Verhärterung des Streiks abgesehen werden. In seinem Schlußwort machte Kollege Siegle der "Freiheit" den Wunsch, sie habe nicht genügend Berichte über den Stand der Holzbewegung gebracht. Aus diesem Grunde konnten die Kollegen nicht laufend informiert werden.

Folgende Resolution wurde angenommen. Die am 17. Mai im Zirkus Busch stattgefundenen Überfälle der Streikenden Holzarbeiter werden nicht anerkannt. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern, die durch ihr Verhalten die alleinige Schuld an der Fortsetzung des Streiks tragen. Die Berliner Holzarbeiter sind genötigt, so lange im Kampf auszuhalten, bis ihre berechtigten Forderungen erfüllt sind.

Den Vortritt des Genossen Siegle müssen wir auf das richtige Maß zurückschrauben. In der "Freiheit" ist über alle Holzarbeiterversammlungen ausführlich berichtet worden. Nun wurde und von der Ortsverwaltung vor einigen Tagen ein Artikel eingestellt, der zusammenfassend das wiedergab, was in unseren Berichten schon gestanden hatte. Bei unserem belächelten Raummangel wird es verständlich erscheinen, wenn wir nicht viel Neugier hatten, schon einmal die Lage zu wiederholen. Trotzdem wurde der Artikel abgesetzt, konnte aber infolge seiner Länge nicht untergebracht werden. Bemerkten wollen wir nur noch, daß über die letzten Verhandlungen in dieser Woche uns kein Bericht zugeht: worden ist, so daß wir darüber bisher noch nicht berichten konnten. Die Redaktion.

# Zum Streit im Volksbühnen-Theater.

Uns geht folgende Zuschrift zu: Wir wundern uns sehr, daß Sie in Ihrer heutigen Morgenausgabe eine Zuschrift der Direktion der Neuen freien Volksbühne unter Gemeinlichkeits bringen. In den Forderungen haben wir folgendes zu sagen: Geht es seit einer Reihe von Wochen vom gesamten technischen Personal einschließlich Handwerker, Putz- und Garderobenträger, ohne daß eine andere als abnehmende Antwort zu erzielen war, so ohne jeden Versuch in Verhandlungen zu treten. Was die Höhe der Forderungen betrifft, so handelt es sich um eine einmalige Entscheidung in Höhe eines Monatsgehältes, ferner nicht um die Vollbezahlung von zwei beschäftigten Sommermonaten, wie aus der Zuschrift der Direktion hervorgeht, sondern es sollen während dieser Zeit Erneuerungarbeiten, die nach Ansicht des Arbeiterausschusses dringend nötig sind, ausgeführt werden. Im übrigen beträgt die Summe der Forderungen nicht, wie angegeben, 90 000 M., sondern höchstens 25 000 M. Für heute wollen wir uns in eine weitere Erörterung der Angelegenheit mit Rücksicht auf die zu erwartende Verhandlung nicht einlassen und auf eine alle Teile befriedigende Lösung der Frage hoffen. Die Streikleitung.

Wir bemerken dazu, daß uns die Mitteilung über diesen Streit tatsächlich von einer der Direktion nachstehenden Seite zugeht. Bei dem engen Verhältnis, in dem die Direktion zur Arbeiterchaft steht, glauben wir der Aufnahme kein Hindernis in den Weg stellen zu dürfen. Wenn dadurch ein etwas einseitiges Bild über die ausgeübten Forderungen entstanden ist, so bedauern wir dies. Wir hoffen, daß sich eine Einigung recht bald vollzieht. — Kurz vor Redaktionsschluss wird uns mitgeteilt, daß der Streit beendet ist.

# Sattler und Portefeullier.

Der bisher geltende Berliner Tarif ist vom Sattlerverband gekündigt worden. Er soll durch einen Reichstaxi ersetzt werden. Kollege Gottschalk erstattete über die geschlossenen Verhandlungen Bericht. Daraus ist zu entnehmen, daß zunächst keine Verhandlungen zustande gekommen sind, weil die Unternehmer in Nürnberg grobenteils nicht erschienen waren. Deshalb wurde vorläufig ein Provisorium bis 30. 6. ins Auge gefaßt, bis zu welchem Zeitpunkt man hofft, den Reichstaxi zustande zu bringen.

Die Sattler und Portefeullier fordern zu dem bisher geltenden Grundlohn von 1,80 R. 40 Proz. + 20 Proz. Zuschlag. Daraus wollte sich die Unternehmerorganisation nicht einlassen.

Die Vertreter der Arbeitnehmer blieben jedoch fest bei ihrer Forderung und erreichten schließlich auch, daß ein Stundenlohn von 2,50 R. zugestanden wurde. Diejenigen, die bereits 2,40 R. verdienen, sollen 10 Proz. Aufbesserung erhalten. Stepperrinnen sollen 1,20 R. erhalten und die, die bereits 1,20 R. verdienen, 10 Proz. Zuschlag. Diese Zugeständnisse sollen rückwirkend ab 1. Mai gelten.

In der Heimarbeiterfrage ist gleichfalls erreicht worden, daß bis 30. 6. vorläufig fünfprozentig die Vereinbarung in Geltung bleibt, monach keine Heimarbeiter beschäftigt werden dürfen. Die Unternehmervertreter suchten zwar bei allen Positionen abzuhandeln und durch allerlei Wandel den Abschluß der Verhandlungen hinauszögern. Sie mußten jedoch erkennen, daß mit der neuen Ortsverwaltung auch ein neuer, unbeeuglicher Geist eingezogen ist. Sie fanden sich deshalb auch damit ab, für Heimarbeiter einen Mindestlohn von 2,50 R. zu garantieren. Im Falle, daß schlechtes Material zur Verarbeitung kommen muß, wird eine Sondervergütung unter Mitwirkung des Arbeiterausschusses festgesetzt. Am 28. Mai sollen die Verhandlungen über den Reichstaxi aufgenommen werden.

In der Debatte wurde vielfach der Wunsch geäußert, sich mit den zugebilligten Verbesserungen nicht zu begnügen, sondern gleich einen energischen Schritt vorwärts zu tun. Und, um den Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen, solle sogleich in Streik getreten werden. Die Versammlung stellte sich jedoch in ihrer Mehrheit auf den Standpunkt der Kommission.

# Für das Räteystem.

Eine Versammlung von im Verband der Bureauangestellten organisierten Angestellten der Industrie faßte folgende Entschloßung:

Die am 16. Mai 1919 im großen Saal der Wilmersb. Brauerei versammelten Angestellten des V. B. der Industrie erkennen an, daß nur die arbeitende Klasse vermittels des Räteystems in der Lage ist, die Revolution im Interesse der Arbeiterchaft Deutschlands weiterzutreiben. Sie erkennen ferner an, daß in den freien Gewerkschaften und den Arbeiterräten die Möglichkeit liegt, die noch vorherrschende kapitalistische Gesellschaft in eine sozialistische umzuwandeln. Sie verlangen daher sogleich, daß die freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten sich auf diesen Boden stellen und jede Arbeitgemeinschaft mit dem Kapitalismus sowie den Harmonisierverbänden befeindigen.

Arbeitslose Wilmersb. Montag nachmittag 6 Uhr im IV. Raum, Wilmersb. Straße 21/24, Ede Rainer Straße, Arbeitslosenversammlung.

Versicherungsangestellte im Zentralverband der Handlungsgehilfen, Montag, abends 7 Uhr, in den Musterhöfen, Kaiser-Wilhelm-Straße 81 (Museum), Versammlung der Funktionäre und Betriebsvertrauensleute. Mitgliedbuch bzw. Ausweis. Jeder Betrieb muß vertreten sein.

Jugendliche Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sowie Lehrlinge! Dienstag abends 8 Uhr findet in der Arbeiterschule, Schiffstraße 10, eine Jugendversammlung eines Bundes statt. Hahleides Erdbein wird erwartet!

Transportarbeiter. Deut. Sonntag, den 18. Mai, Wohl des Regierens zum Verbandstag. Versäume niemand sein Wohlrecht auszuüben und gebe jeder seine Stimme einem auf dem Boden des modernen Klassenkampfes lebenden Kollegen.

Arbeiterräte der Kriegsanstellungen. Dienstag, den 20. Mai, vorm. 9 1/2 Uhr, im Hermannsaal, Saal 20, Versammlung. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das vollständige Gedeihen aller Arbeiterräte dringend erforderlich.



Groß-Berlin.

Die neue Zeit.

Rüchlich war ich in Meadit, im Gerichtsgebäude. Nicht als Angeklagter, sondern als Richter. Als richtiger Richter sollte ich richten helfen über Gute und Böse, und richten in der neuen Zeit nach der Revolution. Aber ach, welche Enttäuschung! Noch immer erhebt der Staatsanwalt keine Anklagen auf Grund der alten angeblich geordneten Ordnung, noch immer nimmt der Richter die alten Gesetze zur Hand und sucht nach dem passenden Paragraphen. Genau so wie vormals, sein Väter anders. Doch hat, es mag doch anders, das von uns gefundene Urteil, das der Richter verkündete. Die Worte: „Im Namen des Königs“ sind im Tenor fortgefallen. Das ist aber auch alles, was sich geändert hat, wenige Worte, die Sache selbst ist die alte geblieben. Nicht einmal weibliche Schöffen hat man bisher ausgenommen, alles muß erst „geleiblich“ geändert werden. Der Begriff des alten Ordnungszustandes ist noch der gleiche wie früher, und wenn es nach der Revolution so ist, als seien die alten Rechtsbegriffe über Bord geworfen, so zielt sich ja länger je mehr, daß die alte Rechtsprechung sich von neuem befestigt. Und was für Anklagen wurden noch erhoben? Ein Mann und seine Geliebte wurden angeklagt, geschlechtlich verkehrt zu haben, obwohl der Mann von seiner Frau noch nicht getrennt war. Die später geschiedene Frau hatte Strafantrag gestellt und der Staatsanwalt mühte die Anklage erheben. Bei der Verhandlung stellte sich heraus, daß die Sache vor dem 9. November lag, weshalb sie unter die Amnestie fiel. Das hätte der Staatsanwalt wissen müssen und er hätte gar keine Anklage erheben dürfen. Die Leute hatten sich noch einen Rechtsanwalt genommen und sich in Unkosten gestürzt. Der Richter hielt nicht nur das Verfahren sofort ein, sondern beschloß, die den Angeklagten erwahtenen Kosten einschließlich die des Verteidigers der Staatskasse aufzuerlegen. Eigentlich hätten wir dem Staatsanwalt die Kosten auferlegen müssen.

Wie sehr wir in der neuen Zeit leben, erleben wir ferner aus der Tatsache, daß überall Spürhunde unterwegs sind, um Arbeiter und Arbeiterräte wegen Verstoße gegen Gesetze auf die Anklagebank zu schleppen, die in der Zeit kurz nach der Revolution begangen sind. Man geht dabei an manchen Stellen bis in den Dezember zurück. Laten, die im Hinblick an die Revolution einen revolutionären Charakter hatten und aus den Zeitverhältnissen zu erklären sind, werden jetzt nur mit dem Maße des Strafgesetzbuches gemessen.

Der aufmerksame Arbeiterrat.

Ein eigenartiger Vorfall spielte sich am Sonnabend mittag 12 Uhr in den Auer-Betrieben, Koberstraße, ab. In diesem Betrieb lagern mehrere 100 Balken Varnend, Tuche und andere Stoffe. Es wurde vor längerer Zeit von den Betriebsdirektoren dem Arbeiterrat mitgeteilt, daß diese Stoffe eventuell an die Arbeiter verkauft werden sollen. Plötzlich erschien ein Auto auf dem Betriebshof, um diese Stoffe abzuholen. Die Arbeiter, die dieses bemerkt, verhinderten das Verladen der Stoffe. Einige Mitglieder des Autos erklärten, im Auftrage des Johannishofes Hauptzentrale, diese Stoffe nach dem Gasmassenslager, Friedrichstraße, schaffen zu sollen, zeigten auch ein diesbezügliches Schriftstück. Auf telefonische Anfrage des Arbeiterrats in Johannishof erfolgte die Antwort, daß ihnen ein dritter Auftrag nicht bekannt ist. Schließlich einigte man sich, daß einige Mitglieder des Arbeiterrats den Transport besorgen. Wir fragen: Sollen diese Stoffe verschoben werden? Wer sind die Schieber?

Zur Erschießung Rebes.

Su der von uns gemeldeten Erschießung des 19jährigen Rebe, der Mitglied der Republikanischen Soldatenwehr war, werden nach Einzelheiten berichtet, die den Fall als besonders unerhörte Gemeinheit qualifizieren. Im Depot X der A. S. W. hat man sich der Sache eingehend angenommen. Ueber die Ergebnisse der Ermittlungen, wird neuerdings mitgeteilt: Rebe wurde mit dem Revolver am 12. März erschossen, da im Bett des jungen Rebe das Gewehr gefunden wurde, daß er nicht abgeben, R. war aber im Besitz eines Waffenscheins. Der Vater wurde bald entlassen, der junge R. in Haft behalten und mishandelt. Von Polizei in der Albrechtsstraße 6 wurde er abgeholt. Alle Ermittlungen über den Verbleib des R. waren erfolglos. Am 15. März erhielten die Eltern einen in Berlin 118 getesteten Brief, der folgenden Wortlaut hatte: „Liebe Eltern, ich muß Euch mitteilen, daß ich heute erschossen wurde. Am 9 Uhr ist meine Stunde abgelaufen.“ Sofort unternommene Schritte, um die Erschießung aufzuhalten, blieben erfolglos. Dem Rittmeister Rebe wurde der Brief übergeben, woraufhin der Waffenschein Rebes, welcher ausgestellt wurde, daß er rechtmäßig im Besitz der Waffe war. Von der Kriminalabteilung der A. S. W. in Berlin, wurde an verschiedene Freizeitschriften, an die Polizeipräsidenten Berlin und Potsdam, um etwas über den Verbleib Rebes zu erfahren, wirgendes aber konnte ein Auskunft über denselben gegeben werden. Es wurde ermittelt, daß Rebe von Truppen des Detachement 670 als festgenommen sei. Eine Anfrage hatte das Ergebnis, daß das Detachement Große in Sachen Rebe nichts wisse und keine Angaben machen könne. Da gelang es, den Rittmeister Rebe aufzufinden zu machen und von ihm den Brief Rebes sowie den Waffenschein zurückzubekommen. Dieser Brief trug den Stempel des Detachement 670, denselben Stempel, der auch auf der Antwort zu sehen war, daß man nichts von R. wisse. Die Leiche blieb jedoch verschunden. Am 21. 4. landete man aus der Syre eine Leiche, die ungenügend erkennen ließ, daß man es mit dem ermordeten R. zu tun habe. Der Depotführer Thiemann, der sich der Sache warm annahm, fragte nach einem Postfach über den Fund der Leiche, nach einem Postfach über die Leiche der Leiche, sowie nach einer evtl. Freigabe der Leiche durch die Staatsanwaltschaft zur Beerdigung. — Nichts war von alledem vorhanden. R. ist gleich darauf in die Haft gebracht worden, ohne daß ihn jemand noch zu Gesicht bekommen hat. Die Photographie der Leiche Nr. 79, welche ungenügend R. war, ist durch die Untersuchungen und Besondere erkennen. Auf Grund dieser Tatsachen wurde der inhaftierte Depotführer Thiemann von den Kameraden des Detachement 670 X beauftragt, Strafanzeige wegen Mordes, begangen an einem Mitglied der A. S. W., gegen das Detachement 670 zu stellen. R. war mindestens 3 Tage Mitglied des Detachement 670, bevor er durch richterlichen Spruch abgetrennt wurde.

Bei dem Mord, mit dem die Gemeinheiten der „Spartakisten-Läger“ im März „verfolgt“ wurden, muß man damit rechnen, daß die „geänderte“ Untersuchung ohne Ergebnis bleiben wird, wie so viele andere.

Vollversammlung

der Groß-Berliner Arbeiterräte, der kommunalen Arbeiterräte sowie der Delegierten der Soldaterräte am Mittwoch, den 21. Mai, vormittags 10 Uhr in den Kammerjalen, Teltower Straße.

Tagesordnung.

- 1. Die Friedensfrage.
2. Die Finanzierung der Arbeiterräte und des Volkswirtschafts.
3. Der Boykottbeschluss gegen die Freiwilligenverbände.

Der Vorkausrat. Der Vorkausrat. Der Vorkausrat.

Bildungsausschuss.

Der Bildungsausschuss des Verbandes sozialdemokratischer Arbeiterinnen u. S. P. D. Groß-Berlin veranstaltet am Sonntag, den 18. Mai, nachmittags 6 Uhr im Festsaal Stadthaus, Eingang Koberstraße, einen Alfred-Becker-Abend: „Wann stellt ihr, o Soldaten, die Arbeit endlich ein?“ Herr Rudolf Leonhard spricht über: „Der Kampf gegen die Walfen.“ Billets zu 1 M. sind am Eingang zum Saal zu haben.

Achtung! Funktionärinnen!

Freitag, den 23. Mai, nachm. 8 Uhr, pünktlich, findet im Saale der Arbeiterbildungsschule, Schilderstr. 5 II, eine Konferenz der Funktionärinnen von Groß-Berlin statt. Alle, die eine besondere Einladung nicht erhalten sollten, sind hierdurch eingeladen.

Tagesordnung: 1. Agitation (Frauen- und Arbeiterinnenfragen). 2. Erziehungsfragen (Religion und Schule). 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. J. A.: Ratilde Burm.

Helft den Gefangenen!

Noch immer schmachten 1200 politische Gefangene in den Gefängnissen Berlins. Noch immer sind sie den Qualen des Hungers

ausgesetzt.

Oft können ihre Angehörigen, die selbst nichts haben, sie kaum ein wenig unterstützen. Viele sind ganz ohne Anhang und ohne Hilfe. Wenn diesen politischen Kämpfern nicht geholfen wird, müssen sie elend zugrunde gehen hinter den Kerkermauern der glorreichen „sozialistischen“ Regierung.

Es ist Ehrenpflicht der Arbeiter, Pflicht jedes anständigen Menschen, den Opfern der Willkürherrschaft zu Hilfe zu kommen. Spenden an Geld und Lebensmitteln werden entgegengenommen von Rudolf Budde, Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.

Es ist Vorseorge getroffen, daß die Spenden schleunigst den nothleidenden Gefangenen zugeführt werden.

Redaktion und Verlag „Freiheit“.

Mißstände im Fernsprechverkehr.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Durch die Tagespresse ging in letzter Woche eine Notiz gegen Mißstände im Fernsprechverkehr, die wegen ihrer starken Einschüchterung nicht nur unter den Angestellten der Fernsprechtische, sondern auch bei jedem mit den Verhältnissen in den Fernsprechtischen vertrauten Sachkundigen einschleuderte Ablehnung hervorgerufen wurde.

Von keiner Seite werden die bestehenden Mißstände im Fernsprechverkehr geleugnet, und gerade die Angestellten dieser Fernsprechtische sind die ersten, die die Mißstände angeben müssen. Sie selbst haben ja unter ihnen weit mehr zu leiden als der einzelne Teilnehmer aus den Kreisen des Publikums. Ganz entschieden aber muß der Versuch zurückgewiesen werden, diese unerbittlichen Zustände auf das Konto mangelnden Pflichtbewusstseins und der Arbeitslust der Angestellten zurückzuführen. An Pflichterfüllung und Arbeitslust fehlt es ihnen gewiß nicht, herabgedrückt aber müssen beide werden, sofern bestehende Unkenntnis der Dinge und unvollständige Ursache und Wirkung der Mißstände verwickelt. Nicht in der Verlor der Angestellten liegen die Mißstände begründet, sondern in dem schlechten sachlichen Material, mit dem die Fernsprechtische zu arbeiten gezwungen sind, und in der Ueberlastung der einzelnen Plätze von den unteren Beamten bis zur Spitze. Das vorgezeichnete Baujahr für einen Platz beträgt 70 Teilnehmer, während in Wirklichkeit 80 Teilnehmer ausschließlich der Nebenanschlüsse von den Angestellten bedient werden müssen. Ganz kommt eine außerordentliche Steigerung der Anforderungen der einzelnen Teilnehmer auf ihre Anschlüsse, insbesondere deswegen, weil Anträge auf neue Anschlüsse erst nach sehr langer Wartezeit erledigt werden. Schlechtes Material und Ueberlastung des Fernsprechtisches bereiten die unangenehmen Schwierigkeiten für Angestellte und Fernsprechtische. Die Unkenntnis des Publikums führt dann leider zu Unhöflichkeiten gegen die Amtsdienstleistungen, wenn infolge der jetzt herrschenden Stille Störungen und falsche Verbindungen erfolgen, die durch das Weitergeben der gewünschten Anschlüssen von den Amtsdienstleistungen an die Dienstleistungen verursacht werden.

Diese Rechtfertigung richtet sich gegen eine kürzlich von dem Berliner Gouverneur Schöpslin an die Oeffentlichkeit gerichtete Ankündigung, daß durch energische Durchschneidung der Fernsprechtischen, auf deren Arbeitslust die jetzigen Mißstände im Fernsprechverkehr zurückzuführen werden, Abhilfe geschaffen werden solle. Dieser im Unteroffiziersdienst gebildete Mann hat bei den Telefonbeamten starke Entrüstung hervorgerufen.

Ependan. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt am letzten Donnerstag das Amtsgut B a u d o r f. Besichtigt wurden die festgestellten, und die noch im Bau befindlichen Riesel- und Bodenfilteranlagen. Besondere Beachtung fanden die vom Stadtbaurat Dr. F i s c h e r angelegten Fischwehre. Der ca. 2000 Morgen große Wald soll für die Unterbringung von erholungsbedürftigen Kindern für die Sommerzeit besonders wertvoll sein. Zum Schutz wurde der Waldhof besetzt. Mit keinem Vorbehalt ist es infolge des Krieges (schlechtes Wetter) das Gut muß bei rationeller Bewirtschaftung ein Musterbetrieb werden. Es sollen noch in diesem Jahre einige Arbeiterwohnhäuser er-

richtet werden, um häßliche Arbeiter anzusiedeln. Die Riesel-feldanlagen sind muntergültig.

Blümlerstraße. Durch Einladungsbrief und eine Notiz in der „Blümlerstraße Zeitung“ werden die Blümlerstraße Einwohner auf eine am heutigen Sonntag mittag auf dem Reichshof Platz stattfindende Protestversammlung gegen den Gewaltdiktator hingewiesen, wobei der Anchein erweist wird, als wenn diese Versammlung von sämtlichen Parteien erwidert ist. Es hat deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß die U. S. P. D. mit dieser Versammlung nichts zu tun hat.

Erstehen hat sich am Montag der vorigen Woche auf dem Stohndorfer Kirchhof der Kaufmann Schöning, Inhaber mehrerer Kolonialwarengeschäfte im Friedenau und Charlottenburg. Er sollte zur Verantwortung gezogen werden wegen ungeheurer Lebensmittelerschöpfung der Gemeindef.

Ein Cyler der Märzunruhen wurde auch gestern wieder auf der Syre gelandet. Hinter der Gabelstahl am Luisenstädtischen Ufer land man im Landwehrkanal die Leiche eines etwa 30 Jahre alten unbekannten Mannes, der feldgraue Uniform trug. Sie hat schon lange im Wasser gelegen. In dem Militärrod steht der Name Herwe. Der Unbekannte ist 1.71 Meter groß und trägt unter dem Militärrod eine bunte Weste.

Achtung! Pflichtfortbildung! Montag, abends 7 1/2 Uhr, findet in der Schulaula, Wangelstraße 128, eine Schüler-versammlung statt. Thema: Was sollen die Schüler?

Arbeiter-Samariter-Verein. Lehrstunde haben am: 19. Mai IV. Mt. Eichenberg, Schwanenberger, Nr. 60, bei Piesenberg; 20. Mai V. Mt. Neukölln, Weichselstr. Nr. 8, Jural-Passage. Abends 7 1/2 Uhr: Vorkaus und Verhandlungsübungen. Gäste haben einmöglichen freien Zutritt.

Lebensmittellisten.

Berlin. Vom 19. bis 25. Mai auf Abschnitt A. 4 der Einfuhrzulasskarte 125 Gramm amerikanisches Schweinefleisch, 1/4 Pfund Käsewaren werden auf Abschnitt I und auf Abschnitt B abgegeben. Seifliche sind zu erwarten außer Zander, Lachs, Steinbutt, Seesungen, Hecht, Schleie und Kalle, alle ohne Marken.

Charlottenburg. Vom 19. Mai bis 25. Mai gelangen zur Ausgabe: 200 Gramm Fleisch oder Erbsen, Kartoffeln auf Abschnitt A 2-c mit zusammen 3 Pfund. Für nicht belieferte Abschnitte 2d und e werden laut besonderer Bekanntmachung je 100 Gramm (zusammen also 200 Gramm) Teigwaren bis einschl. Sonnabend, den 24. Mai, ausgegeben. — Allgemeine Groß-Berliner Lebensmittelkarte mit Aufdruck Charlottenburg: 1 Kilogramm Gemüsekonzerven auf Abschnitt 112. — Neue Allgemeine Groß-Berliner Lebensmittelkarte mit Aufdruck Charlottenburg: 100 Gramm Gruppen auf Abschnitt 19. 500 Gramm Rühnöl auf Abschnitt 25. 200 Gramm Teigwaren auf Abschnitt 26. 150 Gramm Weizenmehl auf Abschnitt 29. — Neue Nahrungsmittelkarte: 1/2 Pfund Rühnöl auf Abschnitt 225 und 217 sowie auf Abschnitt Y und Q der Berliner Bezugskarte. Abschnitt 217 und 218 vorzugsweise zu bedienen. — Frische Eier oder Rühnöl je 1 Pfund auf die Abschnitte 223 und 229 sowie auf Abschnitt Rr und V v der Berliner Bezugskarte. Abschnitt 223 ist vorzugsweise zu bedienen. Salzhering je 1/2 Pfund. Weiterbefreiung des Abschnittes 226, Serie I-III. — Einfuhr-Zulasskarte: 50 Gramm Staatsfleisch auf Abschnitt 3. Ausländisches Weizenmehl auf Abschnitt J3 bis einschließlich Dienstag, den 20. Mai; 500 Gramm auf Abschnitt K 4 vom Mittwoch, den 21. bis einschließlich Dienstag, den 27. Mai. 125 Gramm ausländische Schweinefleischkonzern auf Abschnitt M 4. 2 Pfund Puddingpulver (je 50 Gramm) auf Abschnitt 200.

Neukölln. Fortsetzung des Rühnölbeschlusses. Kartoffelfleisch vom 12. bis 18. Mai 200 Gramm Weizenmehl auf Abschnitt 2d und 200 Gramm Kartoffelmehl auf Abschnitt 2e. Weiterzugeben den Zitronen auf Abschnitt 199 und der Heinge nach der Rubensliste. Im Bezirk der 2. Prokammmission eingetragene Butterhandeln 125 Gramm Käse bis einschl. Dienstag. Die Petition ist auf 20 Gramm Butter und 40 Gramm Margarine festgesetzt. Vom 19. bis 25. Mai 500 Gramm Brot auf Abschnitt H 3 der Einfuhrzulasskarte. Ausländische Lebensmittel: 250 Gramm Weizenmehl bzw. 250 Gramm Inländisches Mehl auf J 3 der Einfuhrzulasskarte, 125 Gramm Schokolade gegen Abschnitt M 54.

Beip. Vom 19. bis 25. Mai gelangen zur Ausgabe auf die Person auf Abschnitt 21 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 200 Gramm Nahrungsmittel, auf Einfuhr-Zulasskarte Abschnitt J 3 1/2 Pfund amerikanisches Mehl. Berlin-Berger Ausgabe auf Abschnitt 77 1 Pfund Weizenmehl, 1 Pfund Vorkaus; ferner Zitronen ohne Marken. Auf Abschnitt 78 Sonderausgabe. Der Verkauf von Rühnölkonzerven, 1 Pfund-Dosen Erbsen, Kirschen und Sauerkraut wird fortgesetzt. Verkauf von Dosenmilch für werdende Mütter, Kinder und Kranke sowie 2 Pfund Marmelade. Der Verkauf beginnt für die Schulnummern am Montag, dann weiter die Nummern 1701-2700 am Dienstag, 2800-1800 am Mittwoch, 1799-900 am Donnerstag, 899-1 am Freitag. Verteilung von amerikanischer Kondensmilch an werdende Mütter vom 3. Monat ab bis 7. Monat. An Kinder vom 6. bis 12. Jahre werden 2 Dosen Milch verabfolgt. Milcharten sind zwecks Kontrolle vorzugeben. Für werdende Mütter und Kinder, welche keine Milchkarte besitzen, werden in der Verkaufsstelle - Abteilung Lagerverwaltung - Bezugsgutscheine ausgestellt; Ausweispapiere wie Geburtsurkunde usw. sind vorzugeben. Der Verkauf beginnt am Montag, den 19. Mai 1918.

Blümlerstraße. 19. bis 25. Mai Verkauf von Fischfleisch, Rühnöl, fischen und Fischkonzerven auf N und M der roten Bezugskarte für Einzelpersonen, 200 Gramm Teigwaren auf 25 der allgem. Groß-Berliner Lebensmittelkarte (bis 21. 5.), 100 Gramm Teigwaren auf 24 der Lebensmittelkarte für Jugendliche (bis 21. 5.), 250 Gramm ausländischem oder 250 Gramm inländischem Weizenmehl auf F 3 der Einfuhr-Zulasskarte (bis 22. 5.), 200 Gramm Salzhering an die in den Prokammmissionen 3, 4a, 4b, 5a, 5b, 6a, 6b, 7 und 8 wohnenden Einwohner auf T der Bezugskarte für Einzelpersonen (bis 21. 5.), 500 Gramm Marmelade auf 23 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte, 100 Gramm Gruppen auf J 25 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte für Jugendliche, von zusammen 250 Gramm Gruppen auf 26 und 50 der allgem. Groß-Berliner Lebensmittelkarte, 1 Pfund Hoserlöcher für Kinder im 1. Lebensjahre, 1 Kilogramm Hoserlöcher für Kinder im 2. Lebensjahre und 1 Pfund Andorgerstengel für Kinder im 3. bis 6. Lebensjahre auf 13 der roten Zulassungsmittelkarten A I, A II, B I, B II, C I und C II, 50 Gramm Brot auf H 3 der Einfuhr-Zulasskarte. — Voranmeldung von Zulassungsmitteln für Kinder im 1. bis 6. Lebensjahre, 750 Gramm Hoserlöcher für Kinder im 1. Lebensjahre, 1 Kilogramm Hoserlöcher für Kinder im 2. Lebensjahre, 500 Gramm Reis für Kinder im 3. Lebensjahre und 500 Gramm Reis für Kinder im 4. bis 6. Lebensjahre auf 14 der roten Zulassungsmittelkarten A I, A II, B I, B II, C I und C II (vom 19. bis 25. 5.). Neuankündigung in die Zuckerhandelsliste vom 19. bis 24. 5. 4 Pfund Kartoffeln werden auf die 8 grünen Abschnitte 21a bis 21d der Hauptausfuhrkarte abgegeben. Auf die beiden Abschnitte 21e der Hauptausfuhrkarte können Nahrungsmittel entnommen werden, auf einen Abschnitt 21c 100 Gramm Kartoffelmehl und auf den anderen Abschnitt 21e 200 Gramm Kartoffelmehl.

Schöneberg. Bis zum 20. Mai Voranmeldung für 600 Gramm Rühnöl auf Abschnitt 23 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte. Der Abschnitt F 2 der Einfuhrzulasskarte (amerik. Weizenmehl) kann in der Verkaufsstelle, Freitagstr. 4, bis einschl. 24. Mai noch eingelöst werden. Nächste Woche: 250 Gramm Wurstwaren auf Abschnitt 21 und 150 Gramm Gruppen auf Abschnitt 26 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte, 100 Gramm Weizenmehl auf Abschnitt 34 der Jugendkarte, 50 Gramm Brot auf Abschnitt H 3, 1/2 Pfund amerik. Weizenmehl auf Abschnitt J 3 und 125 Gramm amerikanisches Schweinefleisch auf Abschnitt M 4 der Einfuhrzulasskarte. 1 Brief Schokolade auf Doppelschnitt 13 und 1 Waife Kraftgellet auf 2 Doppelschnitte 14 der Schöneberger Bezugskarte. Die Verteilung von 125 Gramm Käse in den Prokammmissionen 2, 7, 11 und 12 schließt am 18. Mai.

Ober-Schöneberg. Montag und Dienstag, 19. und 20. Mai wird auf Nr. 12 der Lebensmittelkarte (Nummernkarte) Serie II je 1/2 Pfund Getreide ausgegeben. Auf Anordnung des Landrats des Kreises Niederbarnim sind von der nächsten Woche an auf den Kopf der Bevölkerung 3 Pfund Kartoffeln auszugeben für die unvollständigen 2 Pfund werden als Ersatz Kartoffelmehl und Nahrungsmittel geliefert werden.

Neuensee. In nächster Woche gelangen zur Ausgabe: 200 Gramm Griech auf Abschnitt 21 der Lebensmittelkarte, 250 Gramm





